

Prozess nach Angriff auf Wahlkämpfer

Vier junge Männer aus Sachsen-Anhalt in Berlin angeklagt.

MAGDEBURG/BERLIN/DPA. Prozessauftakt nach einer Attacke von vier mutmaßlich rechtsextremen Männern auf SPD-Mitglieder im Bundestagswahlkampf in Berlin gestern vor dem Amtsgericht Tiergarten: Den Angeklagten im Alter zwischen 17 und 20 Jahren – alle wohnhaft in Sachsen-Anhalt – wird unter anderem gefährliche Körperverletzung und tätlicher Angriff auf Polizeibeamte zur Last gelegt. Ein Wahlkämpfer sei erheblich verletzt worden.

Die jungen Männer sollen am 14. Dezember 2024 nach Berlin gereist sein, um an einer Demonstration des rechten Spektrums teilzunehmen. Laut Ermittler seien die Männer einer gewaltbereiten Jugendszene zuzuordnen, die sich an rechtsextremen Ideologien orientiere.

Im Ortsteil Lichtenfelde sollen die Angeklagten zufällig auf zwei SPD-Mitglieder – einen Mann und seine Ehefrau – an einem Info-Stand zur Bundestagswahl getroffen sein. Die Wahlkämpfer seien bedrängt und attackiert worden. Der Mann sei zu Boden geschubst und getreten worden. Einer der Angreifer habe dabei Springerstiefel getragen. Anschließend hätten die Angeklagten Polizeikräfte attackiert.

Meldungen

Stoffmarkt mit neuem Sicherheitskonzept

MAGDEBURG/RS. Mit dem Deutsch-Holländischen Stoffmarkt wird der Alte Markt in Magdeburg am 10. Mai Schauplatz des ersten großen Events seit dem schrecklichen Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt 2024. Für den Markt, der in den vergangenen Jahren bis zu 14.000 Besucher anlockte, hat die mitveranstaltende IG Innenstadt ein neues Sicherheitskonzept erstellt. Dazu gehört ein Plan, wie unbefugtes Befahren des Marktes unterbunden wird. So werde es an Zufahrten Blockaden mit Fahrzeugen geben, die im Fall eines Rettungseinsatzes schnell geöffnet werden könnten.

Stadtrat entscheidet gegen Verwaltung

WOLMIRSTEDT/KE. Im Streit um den Bau des vermutlich größten deutschen Batteriespeichers bei Wolmirstedt hat der Stadtrat ein Machtwort gesprochen. In der Sondersitzung am Dienstag hat er sich gegen den Widerstand der eigenen Verwaltung und entgegen einem vorherigen Beschluss für ein Einvernehmen mit dem Bau ausgesprochen. Schon im Vorfeld der Sitzung hatte es Streit gegeben. Ein Flyer mit bedrohlich wirkenden Aussagen hatte für Aufsehen gesorgt. 2028 soll mit dem Bau begonnen werden.

Weiter Rätsel um „Pfeiffers“-Verkauf

MAGDEBURG/IL. Die Pfeifferschen Stiftungen in Magdeburg wollen nach aktuellem Stand ihre Kliniken in Magdeburg und Lostau sowie das Medizinische Versorgungszentrum verkaufen. Noch zwei potenzielle Partner mit tragfähigem Konzept seien in der engeren Auswahl für eine Übernahme. Um wen es sich handelt, ließ das Haus offen. Anfang Mai sollte der Käufer feststehen. Auf Anfrage der Volksstimme hieß es jetzt, man rechne mit dem formellen Abschluss Bieterverfahrens noch im Mai.



Orientalische Laute aus Halle

Der Instrumentenbauer, Filmemacher und Filmmusikproduzent Omar Shalash baut in seiner Werkstatt in Halle an einer Oud, die auch als orientalischer Laute bezeichnet wird. Bis zu 250

Stunden arbeite der 36-jährige Palästinenser an dem Instrument, für das er sowohl einheimische als auch exotische Hölzer verwendet. Den Klang der Ouds mit dem typischen gewölbten Bauch

beschreibt Shalash, der seit 2008 in Deutschland lebt und in Halle Medienwissenschaft und Musik studiert hat, als verträumt und basslastiger als bei anderen Zupfinstrumenten.

FOTO: DPA

Eine Schule hofft auf Tokio Hotel

Die Comenius-Sekundarschule Stendal will auf ihrem Gelände ein landesweit einmaliges „Haus der Gewerke“ errichten. An Eigenmitteln aber fehlt es noch. Wunsch-Sponsor ist Bill Kaulitz.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Es ist ein so ungewöhnliches wie ambitioniertes Projekt, das im Fall seiner Umsetzung aber zu einem echten Leuchtturm für die Sekundarschul-Landschaft in Sachsen-Anhalt werden könnte:

Die Comenius-Ganztagsschule in Stendal plant auf ihrem Gelände bis 2027 ein „Haus der Gewerke“ zu errichten. Die Idee: In Zusammenarbeit mit regionalen Firmen sollen Schüler dort ab der fünften Klasse in Werkstätten und Laboren an praktischen Arbeiten und Lernen herangeführt werden. „Wir möchten unsere Schüler früh fit fürs Handwerk und andere Berufe machen“, sagt Schulleiterin Jessika Hellige zur Begründung.

Alles fing 2022 mit dem „Sommer der Berufsfindung“ in der Schule an, erinnert sich die 41-jährige. „Damals haben wir uns gefragt, wie wir unsere jungen Leute wieder mehr fürs Handwerk, aber auch für die Schule selbst begeistern können.“ Denn: Vor allem Stadtkinder brächten häufig kaum noch Erfahrungen dazu mit, wie eine Werkstatt von innen aussieht. Und das obwohl Schrauben, Hobeln oder Tüfteln – einmal ausprobiert – gerade Jungen oft liege. Gleichzeitig herrsche bei vielen Jugendlichen Unlust am klassischen, zu großen Teilen theoretisch angelegten Unterricht, sagt Hellige.

Letzteres mag – neben dem hohen Förderschüleranteil im Land – einer der Gründe für die in Sachsen-Anhalt anhaltend hohe Schulabbruchquote (zuletzt 9,5 Pro-



Schulleiterin Jessika Hellige zeigt auf die Fläche des Schulhofs ihrer Einrichtung, auf der das Haus der Gewerke entstehen soll.

FOTO: ALEXANDER WALTER

zent) sein. Die Antwort der Schule jedenfalls war zunächst die Zusammenarbeit mit regionalen Firmen, die bis heute jede Woche zum Unterrichten in die achten Klassen kommen. Hinzu kamen Erfahrungen aus dem sogenannten Produktiven Lernen, das die Einrichtung – wie andere Sekundarschulen – seit Jahren praktiziert.

Werkstatt als Herzstück

Dabei lernen von Schulabbruch bedrohte Jugendliche an drei Tagen der Woche in Betrieben und sitzen nur an den übrigen im Unterricht. In Stendal ist mit Kollegen und Schülern daraus das Konzept für das „Haus der Gewerke“ entstanden.

Geplant sei ein, wie die Schule selbst, im Bauhausstil errichtetes Gebäude, sagt Hellige. Mit viel Glas an den Fassaden sollen auf 750 Quadratmetern und zweieinhalb Etagen Werkstätten, Labore, ein

Ton- und Filmstudio sowie ein Präsentationsforum entstehen.

„Kern des Projekts ist aber eine große und – auch dank verschiebbarer Wände – flexibel nutzbare Werkstatt im Erdgeschoss“, so die Leiterin. Denkbar sei etwa, dass Achtklässler hier eine Autowerkstatt einrichten oder in einer Holzwerkstatt Möbel herstellen.

Ein Outfit für Band-Sänger

Das Projekt wäre in dieser Form landesweit ziemlich einmalig. Ähnlich praxisorientierte Schulen gibt es zwar – etwa mit der Gemeinschaftsschule „Johannes Gutenberg“ in Wolmirstedt. Sie sind bislang aber die Ausnahme.

Im Bildungsministerium von Eva Feußner (CDU) stoßen die Pläne jedenfalls auf offene Ohren: „Das Projekt wird sehr positiv bewertet“, sagte Sprecher Elmer Emig. Die Schule habe bei der Investitionsbank eine Förderung beantragt –

und könnte so drei Millionen Euro aus dem Programm ‚Schul(Frei)Räume‘ fürs Vorhaben erhalten. Nach Volksstimme-Informationen stehen die Chancen für eine Förderung dabei gut.

Wie oft im Leben gibt es allerdings einen Haken: 15 Prozent – rund 300.000 Euro – müssen Schule oder Träger selbst aufbringen. Der Landkreis als Schulträger begrüßt die Initiative, kann sich den Eigenanteil aber nicht leisten. Bleibt die Einwerbung von Spenden.

Auch hier war die Schule schon erfolgreich. So hat das Unternehmensnetzwerk Altmark (UNA) 1.000 Euro gespendet und auch der Rotary-Club Stendal unterstützt: „Unser Club ist beeindruckt vom Engagement und hat spontan beschlossen, das Vorhaben mit 2.000 Euro zu unterstützen“, sagte Günther Tyllack vom Club. Auch die Handwerkskammer Magdeburg begrüßt das Projekt. „Wir werden bei unseren Betrieben dafür werben, das Vorhaben zum Erfolg zu führen“, sagte sagte Hauptgeschäftsführer Burghard Grupe.

Insgesamt hat die Schule bislang rund 11.000 Euro zusammen. Soll das Haus bis 2027 stehen, brauche es aber noch einen „dicken Fisch“, so Hellige. „Mein Traum wäre ja, dass ‚Tokio Hotel‘ uns unterstützen. Die Schüler würden Sänger Bill Kaulitz im Gegenzug auch ein originelles Outfit schneiden“, sagt die Leiterin und lacht. Angeschrieben habe sie die Band jedenfalls schon. Mehr Infos gibt es auf der Webseite der Schule: www.comenius-stendal.net

Wolf ins Jagdrecht, weniger Bürokratie

Sachsen-Anhalts Koalition einigt sich über mehrere bislang strittige Gesetze.

VON ALEXANDER WALTER

MAGDEBURG. Der Wolf kommt ins Jagdrecht, die Hürden für die Vergabe öffentlicher Aufträge sinken, Kommunen sollen verpflichtend an den Gewinnen aus Wind- und Sonnenenergieanlagen beteiligt werden: Das Regierungsbündnis aus CDU, SPD und FDP hat sich am Mittwoch bei einem Koalitionsaus-

schuss gleich bei mehreren im Detail bislang strittigen Gesetzesvorhaben geeinigt. Einer der wichtigsten Punkte ist ein Kompromiss zur vorübergehenden Absenkung der Schwellenwerte, ab denen das sogenannte Tarifreue- und Vergabegesetz zur Anwendung kommt. Bis 31. Dezember 2028 sollen hier künftig die Schwellenwerte der EU gelten. Demnach soll das Gesetz erst bei Bauaufträgen über 5,5 Millionen Euro und Aufträgen für Dienstleistungen über 221.000 Euro greifen. Die bisherigen Schwellen lagen bei 120.000 Euro für Bau- sowie 40.000 Euro für Dienstleistungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisierte den Schritt gestern als Aus-

höhlung des Gesetzes. Wirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) sagte mit der Änderung wolle man die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die in Aussicht gestellten Infrastrukturmittel des Bundes schnell auf die Straße kommen.

Umweltminister Armin Willingmann (SPD) erklärte: Die Reform sei vor allem dazu gedacht, die Wirtschaft anzukurbeln – ähnlich wie das während der Pandemie getan worden sei. Wichtig sei der SPD: „Wir schaffen das Tarifreue- und Vergabegesetz nicht ab“, schon gar nicht, da sich Union und SPD gerade auf Bundesebene auf ein entsprechendes Gesetz verständigt hätten. Mit einem Akzeptanz- und

Beteiligungsgesetz sollen zudem die Kommunen verpflichtend an den Gewinnen aus neuen Wind- und PV-Anlagen beteiligt werden. Als Grundlage soll hier eine Pauschale von 0,3 Cent je Kilowattstunde installierter Leistung herangezogen werden, so Willingmann. Gemeinden können Bürger auch direkt beteiligen. Vor allem CDU und FDP hatten sich zudem für die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht stark gemacht. Auch das soll jetzt passieren. Der Wolf bleibt dennoch vorerst weiter streng geschützt. Digitalministerin Lydia Hüskens (FDP) lobte die Kompromisse: Diese zeigten, dass die Vertrauensbasis in der Koalition vorhanden sei.

Tätowierer nach 26 Tagen in U-Haft frei

Staatsanwaltschaft ermittelt weiter.

VON BERND KAUFHOLZ

MAGDEBURG. Vito Hanné, Magdeburger Tätowierer, bundesweit bekannt geworden durch seine Brustwarzen-Tattoos für Erotik-Star Micaela Schäfer (unter anderem 1. FCM-Logo), ist wieder auf freiem Fuß – nach 26 Tagen in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle.

In den frühen Morgenstunden des 28. März war der 31-jährige Magdeburger von einem Spezialeinsatzkommando der Polizei festgenommen worden. Per gerichtlicher Anordnung wurden seine Wohnung und sein Tattoo-Studio durchsucht. Kurz darauf war Haftbefehl erlassen worden.

Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: räuberische Erpressung. Hanné und ein 36 Jahre alter Freund sollen auf dem Tankstellenparkplatz in der Halberstädter Chaussee von Magdeburg einem Mann eine Pistole an den Kopf gehalten und eine größere Geldsumme sowie Wertgegenstände erpresst haben. Bei dem vermutlichen Opfer handelt es sich um den Vater Hannés, der den Sohn danach auch angezeigt hat.

Hanné und sein Kumpel, der zur Rockerszene gehören und bei dem die Polizei während der Durchsuchung eine Pistole gefunden haben soll, streiten die Tat ab. Bei einem Haftprüfungstermin am Amtsgericht Magdeburg wurden beide Haftbefehle aufgehoben, so Gerichtssprecher Frank Gärtner. Was daraus schließen lässt, dass kein „begründeter Tatverdacht“ vorliegt.

Hanné senior, der vom Magdeburger Opferanwalt und ehemaligen Landesinnenminister Holger Stahlknecht vertreten wird, teilte auf Volksstimme-Anfrage telefonisch mit, dass er grundsätzlich nicht mit der Presse spreche.

Oberstaatsanwalt Frank Baumgarten, Pressesprecher der Anklagebehörde, sagte, dass die Aufhebung des Haftbefehls keinerlei Einfluss auf das laufende Verfahren habe. „Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter.“

Land ist Spitze bei Nutzung von Biotonnen

MAGDEBURG/VS. Bei der Biotonne ist Sachsen-Anhalt im Osten weiter Spitze: Nach aktuellen Erhebungen hat jeder Einwohner 2022 durchschnittlich rund 62 Kilogramm häusliche Bioabfälle gesammelt. Damit lagen die Sachsen-Anhalter deutlich über dem Schnitt der sechs ostdeutschen Länder von rund 40,5 Kilo. Insgesamt sind im Jahr 2022 im Land rund 135.700 Tonnen Nahrungs-, Küchen- und Gartenabfälle über die Biotonne gesammelt worden.

Harz macht Ausnahme

Mit Ausnahme des Landkreises Harz setzen alle Regionen in Sachsen-Anhalt auf die Biotonne: Im Salzlandkreis haben sogar alle Privathaushalte die Möglichkeit, eine Biotonne zu nutzen; in Dessau-Roßlau und Halle beträgt der Anteil immerhin 95 bzw. 93 Prozent. Bei den über die Biotonne gesammelten Mengen hatte 2022 der Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit ca. 134 Kilo je Einwohner die Nase vorn; es folgten Dessau-Roßlau (130 kg) und der Landkreis Stendal (110 kg). Mit 55 Prozent wurde 2022 der Großteil der deutschen Biotonnen-Abfälle in Biogasanlagen zur Stromerzeugung genutzt; der Rest wird kompostiert.